



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Personalangelegenheiten am 29.11.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 17:18 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Gernot Töpfer

André Cierpinski
Eberhard Doege
Frau Ute Haupt
Manuela Hinniger
Marion Krischok
Eric Eigendorf

Kay Senius
Marko Rupsch
Tom Wolter

Ausschussvorsitzender,
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale),
in Vertretung für Herrn Krause
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES
FORUM

Verwaltung

Egbert Geier
Christine Hahnemann
Gesine Präkelt
Steffen Ruppe

Bürgermeister
Leiterin Fachbereich Personal
Leiterin Abteilung Personal- und IT-Controlling
Sonderprojekte und übergreifende Themen

Entschuldigt fehlten:

Herr Christoph Bernstiel
Frau Elisabeth Nagel
Herr Johannes Krause

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten wurde eröffnet und geleitet durch den Ausschussvorsitzenden, **Herrn Töpfer**. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Krischok beantragte eine Nichtbehandlung des Antrages der CDU/FDP-Fraktion zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit unter dem Tagesordnungspunkt 6.1, wegen Nichtzuständigkeit des Ausschusses.

Herr Doege teilte mit, dass eine Behandlung auf Grund der fehlenden Stellungnahme der Verwaltung nicht zielführend wäre.

Herr Töpfer bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages. Diesem konnten die Mitglieder des Ausschusses für Personalangelegenheiten mehrheitlich zustimmen.

Herr Töpfer bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung beschlossen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 02.11.2017
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit
Vorlage: VI/2017/03382 **Nichtbehandlung**
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung zum IST-Stand globale Minderausgaben im Personal und Stand
Auswahlverfahren zum 20.11.17
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen

10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 02.11.2017

Es lag keine öffentliche Niederschrift vor.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es wurden keine nicht öffentlichen Beschlüsse gefasst.

zu 5 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit
Vorlage: VI/2017/03382**

Abstimmungsergebnis:

**Nichtbehandlung wegen
Nichtzuständigkeit**

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Mitteilung zum IST-Stand globale Minderausgaben im Personal und Stand Auswahlverfahren zum 20.11.17**

Herr Geier informierte zum Stand der globalen Minderausgaben im Personal, dass in 2017 rund 5,2 Millionen Euro geplant waren. Der IST-Stand liegt derzeit bei 6,8 Millionen Euro. Er sagte, dass die Differenz hauptsächlich dadurch zustande kommt, weil im Bereich der Asylstellen nicht alle Stellen besetzt werden mussten und es in der Stadtverwaltung im Jahr 2017 60 langzeiterkrankte Mitarbeiter gibt.

Herr Geier informierte weiter, dass zum Stichtag 20.11.2017 in der Stadtverwaltung Halle 149 Auswahlverfahren liefen. Dabei handelte es sich um 111 externe Auswahlverfahren, 34 interne Auswahlverfahren und 4 Auswahlverfahren für das Jobcenter.

Herr Wolter fragte, ob die Zahl der Langzeiterkrankten im Vergleich zu 2015 und 2016 so enorm war oder dies der jährliche Durchschnitt ist.

Frau Hahnemann antwortete, dass hinter 60 Langzeiterkrankungen ein Personalkostenvolumen von 3 Millionen Euro steht, welches nicht in Anspruch genommen wurde. Den Durchschnitt von 2015 und 2016 konnte sie nicht genau nennen.

Herr Wolter bat um Darstellung der Quote der Langzeiterkrankungen in 2015 und 2016 im Vergleich zu 2017 und im Hinblick auf das Jahr 2018.

Herr Töpfer informierte, dass die Verwaltung dazu eine schriftliche Antwort geben wird.

Frau Hahnemann ergänzte, dass ab 6. Krankheitswoche versucht wird, für die Dauer der Krankheit befristet zu besetzen und im Fall von Renteneintritten infolge von Erwerbsunfähigkeit unbefristet einzustellen.

Herr Wolter fragte, ob es dann eine Ersparnis im Hinblick auf die Langzeiterkrankungen gibt und ob sich dies auf die Personalkosten auswirkt, da die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ab der 6. Krankheitswoche durch die Krankenkasse erfolgt.

Frau Hahnemann antwortete, dass vorher nicht gesagt werden kann, wie lange ein Mitarbeiter ausfallen wird und somit erst nach der 6. Krankheitswoche eine Nachbesetzung erfolgen kann. Weiter erinnerte sie an die Dauer der Einstellungsverfahren und das somit eine Stelle länger als 6 Wochen unbesetzt ist.

Herr Töpfer sagte, dass die Antwort zu der Frage von Herrn Wolter zum Durchschnitt der Langzeiterkrankungen schriftlich erfolgt.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Wolter fragte, ob Veränderungen im Hinblick auf die Haushaltsberatungen im Ausschuss nochmal vorgestellt werden und ob noch eine Sondersitzung stattfinden soll.

Herr Töpfer antwortete, dass die Sondersitzung nur dann stattfinden würde, wenn keine 7 Stadträte anwesend wären und stellte das Problem dar, dass der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften eine Behandlung von neuen Anträgen ablehnen könnte, wenn vorher nicht der Ausschuss für Personalangelegenheiten beraten hat.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Anregung Herr Töpfer zum Personalentwicklungskonzept

Herr Töpfer regte an, das Personalentwicklungskonzept in der nächsten Ausschusssitzung als Tagesordnungspunkt zu thematisieren.

zu 10.2 Anregung Herr Wolter zu einer Übersicht der Dienstzeiten Ordnungsbereich

Herr Wolter regte an, dass durch die Verwaltung eine Übersicht erstellt wird, wie die Dienstzeiten im Ordnungsbereich im Detail und hinsichtlich des Vorschlages der Verwaltung in der letzten Ausschusssitzung der Haushaltsplanung, organisiert sind. Er schlug dazu vor, einen Dienstplan eines Mitarbeiters vorzulegen und dazu Stellung zu nehmen. Speziell bat er um Darstellung der Arbeitsstundenverteilung, Personalbedarf und IST-Situation.

Herr Töpfer fügte die Darstellung der einzelnen Tätigkeiten der Mitarbeiter hinzu.

Weitere Anregungen gab es nicht. **Herr Töpfer** beendete den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Gernot Töpfer
Ausschussvorsitzender

Uta Rylke
stellvertretende Protokollführerin